Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 fgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 fgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 32. Donnerstag den 8. Februar. 1849.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 11. d. M. in der Posener Zeitung Nr. 16. und im Amtsblatte Nr. 4., werden die Interessenten der freiwilligen 5% Staatsanleihe, welche im Besitze der Empfangsbescheinigungen Nr. 401. bis Nr. 600. incl. sich befinden, benachrichtigt, daß die ihnen zustehenden Valuten in Schuldverschreibungen und baarem Gelde bei unserer Hauptkasse zur Ausgabe bereit liegen, und in den Dienststunden, Vormittags von 8 bis 1 Uhr werden verabfolgt werden.

Mit den obigen Nummern, welche diejenigen der ersten baaren Einzahlung sind, stehen in Verbindung die Scheine, über die von einzelnen Interessenten geleisteten spätern Nachzahlungen, so wie die Werthbescheinigungen über Gold- und Silber-Geräthe.

Mit Versendungen an Auswärtige kann die Hauptkasse sich nicht befassen, sie wird sich dazu der Vermittelung der Kreiskassen bedienen.

Auswärtige werden wiederholt aufmerksam gemacht, ihre Scheine nur erst einzusenden, wenn die Nummern der letztern vorher aufgerufen worden sind.

Posen, den 7. Februar 1849.

Königl. Regierung.

Inland.

Berlin, den 7. Febr. Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl von Preußen sind, von Weimar kommend, wieder hier eingetroffen.

†* Bromberg, den 5. Februar. Es schlägt so eben 3 Uhr, und der erste Wahlakt ist beendet; der Major v. Voigts-Rhetz ist mit 277 Stimmen gewählt worden. Ihm entgegen stand als Kandidat der demokratischen Parthei der Regierungsrath Salkowski, welcher 137 Stimmen erhalten hat. Die Deutsche Sache hat durch dies Ergebniß der Wahl über die Polnische einen Triumph davon getragen, und zugleich die konservative über die demokratische. Als zweiter Kandidat der demokratisch polnischen Partei, — denn beide Partheien vereinigen sich bei der Wahl zu einer — wird der Bürgermeister Hegel von hier, und als Dritter der Assessor Ruhe aus Inowraclaw genannt; als zweiter Haupt-Kandidat der konservativen Partei dagegen der Legationsrath Küpfer aus dem Wirsitzer Kreise, und als dritter der Regierungs-Assessor Schlicht, der zugleich Wahlkommissarius ist. Zwar ist als sicher anzunehmen, daß auch die beiden noch zu wählenden Kandidaten Deutsche und zugleich Konservative seyn werden, jedoch werden einige andere Kandidaten den oben Genannten wohl den Sieg erschweren, und es ist zu erwarten, daß die Wahl heute nicht beendet werden wird.

88 Meseritz, den 5. Februar. Zur ersten Kammer sind für die Kreise Meseritz, Birnbaum, Bomst und für den Distrikt Neu-Tomysl gewählt worden: Der Superintendent Vater aus Meseritz, der Landrath Freiherr v. Vincke aus Hagen, und der Landrath Freiherr v. Schlottheim aus Bomst. Jeder Abgeordnete erhielt gleich bei der ersten Abstimmung die Majorität.

88 Meseritz, den 6. Febr. Die Resultate unserer Wahlen sind bereits bekannt. Hier einige Momente aus den Verhandlungen und Parteibewegungen.

Die Polen, die deutschen Demokraten aus Wollstein, Birnbaum und Schwerin und die durch 46 Pröbste vertretene klerikalische Partei hatten als Candidaten den Probst Pawelke in Schwerin, den Grafen Mathias v Mielżyński und den Assessor Wilmowski aus Wollstein unverrückt im Auge. — Der Kreis Meseritz stand fest bei Freiherrn von Vincke und hatte die Wahlmänner des Distrikts Neutomysl auf seiner Seite; der größere Theil des Kreises Bomst aber war für den Landrath Freiherrn v. Schlottheim. Nur der Kreis Birnbaum einigte sich nicht. Stadt Schwerin und Umgegend waren für Oberregierungsrath Peiler, Stadt Birnbaum aber für Pawelke. Ein Vorschlag des Justiz-Commissar Leonhardt aus Birnbaum, sich für die Wahl des Oberbürgermeister Phillips aus Elbing zu einigen, wurde naturgemäß mit Entrüstung zurückgewiesen. — Am Abend vor der Wahl sprach in einer vorbereitenden Versammlung der Deutschen der Superintendent Vater aus Meseritz warm und gediegen für Freiherrn v. Vincke; Pastor Elsner aus Bomst pries Freiherrn v. Schlottheim; der Oberregierungsrath Peiler aber und Probst Pawelke traten persönlich als Candidaten auf. Die Wahl des 2c. Pawelke befürworteten durch besondere Reden der Dr. Meier aus Schwerin und der Justiz-Commissar Leonhardt. Letzterer forderte die Wahlmänner gleichzeitig auf, die nationale Scheidung in der Provinz ganz zu vergessen, und von der auf dem Papiere stehenden, aber an sich bedeutungslosen Demarkationslinie ganz abzusehen, — ein Rath, der seine, ihm gebührende Erwiderung fand. — Pawelke hatte erklärt, daß er die Verfassung erst anerkennen würde, wenn sie von der Nationalversammlung revidirt, von ihren Mängeln befreit und angenommen sei, da sie noch in vielen Punkten die demokratische Grundlage vermissen lasse, daß er ferner als eine Hauptaufgabe der Nationalversammlung die Lösung der socialen Frage ansehe, da Tausende von Armen ihre Hände nach Brod ausstreckten, und dergleichen mehr. Jedes Wort seiner Rede war wohl berechnet; — aber die bedingte Anerkennung der Verfassung wirkte dennoch nachtheilig. Dies veranlaßte Leonhardt zu der Bemerkung, Pawelke werde, wie er wisse, die Verfassung auch in dem Falle anerkennen, wenn eine Verbesserung derselben in den Kammern scheitern sollte, und Pawelke berichtigte dann wirklich in dieser Weise sein früher ausgesprochenes Programm. — Gleichzeitige Bearbeitung der Landleute durch Wahlmänner aus Birnbaum schien Pawelke's Wahl zu sichern, oder wenigstens durch Uneinigkeit unsere Kräfte zu theilen, und dann waren wir in Gefahr, ganz zu unterliegen. Um dem entgegenzuwirken, trat ein Wahlmann aus Meseritz für Dr. Wilhelm Jordan auf, weckte fast allgemeine Sympathie für ihn, und verlöschte so den Eindruck der Pawelkeschen Rede. — Jetzt beschlossen die drei Kreise, am Morgen des Wahltags sich noch einmal getrennt zu versammeln (Neutomysl mit Bomst), um ihre Beschlüsse, die allein noch von einer Einigung des Birnbaumer Kreises abhingen, sich gegenseitig mitzutheilen. Kreis Birnbaum einigte sich wirklich, — nicht für Jordan, aber für Superintendent Vater aus Meseritz, der von den beiden andern Kreisen freudig adoptirt wurde. Nun war unser Sieg entschieden. Alles hielt treu und unerschütterlich zusammen; kein Mann fiel ab. — Vater's und v. Schlottheim's Wahl haben wir der Gegenpartei zu danken. Einen Deputirten aus dem Kreise durchzubringen, war bei der Vorwahl in Bräz nicht gelungen und bereits aufgegeben; — Freiherr v. Schlottheim aber fand in den Kreisen Meseritz und Birnbaum keine Sympathie; — seine Wahl war ein Akt der Nothwendigkeit, ein schuldiges Zugeständniß an unsere treuen Brüder aus dem Bomster Kreise. — Eine kleinliche Rache der unterliegenden Partei offenbarte sich bei Eröffnung der Wahlzettel, deren einer in gewandter deutscher Schrift den Namen: Minister Thile, ein anderer: Minister Eichhorn, ein dritter: Minister Brandenburg, und ein vierter das Motto: »Vive la réaction!« trug. — Sr. Majestät dem Könige wurde am Schlusse der Wahl auf ausdrückliches Verlangen der Wahlmänner ein dreimaliges Hoch gebracht und eben so dem Herrn Wahlkommissarius Baron v. Hiller, dessen unparteiisches und besonnenes Wirken alle Anerkennung verdient. Dieselbe Anerkennung muß auch dem Herrn Gutsbesitzer v. Kurnatowski gezollt werden, der ihm assistirte und gewiß viel zur Erhaltung der Ruhe während der ganzen Dauer der Verhandlung beitrug.

* Schroda, den 6. Februar. Zu Abgeordneten für die II. Kammer sind gestern hier für den Wreschner Kreis und für die Polnischen Antheile der Kreise Schroda, Schrimm und Kosten erwählt: Eduard Graf Poniński auf Wreschen (250 Stimmen von 263 Stimmenden), Wirth Mathias Palacz aus Górczyn bei Posen (256 Stimmen von 264 Stimmenden). Wahlmann für die I. Kammer im Polnischen Theil von Schroda ist Victor Graf Szoldrski aus Brodowo. Zur I. Kammer werden in Pleschen wahrscheinlich gewählt: Graf Potworowski aus Gola, Graf Działyński aus Kurnik, Justizrath Pilaski aus Posen.

† Samter, den 6. Februar. Bei der gestern hier stattgefundenen Wahl zur II. Kammer erhielten aus dem Bucker, Samterschen und einem Theile des Posener Kreises von 285 Wahlmännern der Graf Cieszkowski auf Wierzenica 187 Stimmen, der Gutsbesitzer Hoffmayer aus Złotnik dagegen nur 93 Stimmen; bei der 2. Wahl erhielt der Professor Dr. Cybulski in Berlin von 265 Wahlmännern 185 Stimmen und der Direktor Cleinow nur 57 Stimmen. Wegen vorgekommener Formfehler haben die Deutschen Wahlmänner dem Protokoll einen Protest beigefügt.

⊙ Pleschen, den 5. Februar. Bei der so eben beendigten Wahl der Deputirten für die zweite Kammer sind gewählt worden: die Herren Lipski aus Lewkow, Cieszkowski aus Wierzenica, und Lisiecki aus Pleschen.

* Wągrowiec, den 6. Febr. Gestern sind hier für die II. Kammer im Wągrowiec-Czarnikau-Chodziesener Kreise drei Deutsche Deputirte konstitutioneller Gesinnung gewählt worden, nämlich der Freischulzen-Gutsbesitzer Herr Temsdorf aus Podanin (Chodziesener Kreis) mit 260 Stimmen, der Land- und Stadtgerichts-Direktor Gesler aus Schubin mit 264 Stimmen und Prediger Wehmer aus Grünefier im Czarnikauer Kreise, letzterer erhielt die Stimmen sämmtlicher Deutschen Wahlmänner, da die Polen sich nach beendigter zweiten Wahl entfernt hatten.

Berlin, den 5. Febr. (Nat. Ztg.) Die General-Intendantur der Königlichen Schauspiele hat an die ihr untergebenen Beamten und Schauspieler folgende Circularverfügung erlassen:

Nach dem Inhalte eines mir durch das Ministerium des Königl. Hauses mitgetheilten Erlasses des Königlichen Hofmarschallamtes sind seit dem 1. März v. J. vielfach Personen des Königlichen Hofdienstes verdächtig geworden, sich in republikanische Umtriebe und Verbindungen eingelassen, auch durch ungebührliche respektswidrige Aeußerungen über Se. Maj. bekundet zu haben, daß sie diejenige Treue und pflichtschuldige Hingebung nicht hegen, welche für ihren König und Herrn mit Recht verlangt werden muß. — Anonymen Verdächtigungen ist, wie sie es verdienen, nicht Glauben geschenkt worden; geschehen aber solche Anzeigen auf zuverlässigere Weise mit Angabe der Beweismittel, so sollen die betreffenden Individuen sofort ohne Ansehen der Person und der Verhältnisse zur Untersuchung gezogen und einstweilen vom Dienst suspendirt werden, um eventuell ihre Entlassung zu bewirken. — Die General-Intendantur ist veranlaßt worden, allen den Königl. Schauspielen angehörigen Personen dies mit der Verwarnung bekannt zu machen, daß dieselbe vorkommenden Falls gleiches Verfahren eintreten lassen wird.

General-Intendantur d. Kgl. Schauspiele. (gez.) v. Küstner.

— Während das hiesige Kriminalgericht den vor einigen Wochen vom Dr. Stieber gestellten, und von uns damals mitgetheilten Antrag auf Zulassung von Frauen zu den öffentlichen Gerichtssitzungen zurückgewiesen hat, ist die Zulassung weiblicher Zuhörer vom Ober-Appellations-Senat in seinen öffentlichen Sitzungen im Landgerichtsgebäude gestattet, und hiervon bereits Gebrauch gemacht. Wir glauben, daß das Kriminalgericht nach diesem Vorbilde und nach der in der Verfassung ausgesprochenen unbedingten Oeffentlichkeit auch den Frauen den Zutritt zu seinen Sitzungen wird gestatten müssen.

— Am 1. März wird der Ausbau des großen Sitzungssaales im Kriminalgerichtsgebäude beginnen. Zur Vergrößerung desselben welche schon der für die Geschworenen nöthige Raum bedingt, wird noch ein dahinter belegenes großes Zimmer genommen. Einige Stufen unter der Richtertribüne rechter Seits kommen die Plätze der Geschworenen, denen gegenüber, wiederum niedriger, die Bank der Angeklagten und vor derselben das Büreau für die Vertheidiger. Hinter dem hierzu benutzten Raume werden die Zeugenbänke und dahinter endlich, abgeschlossen von allen diesen Räumlichkeiten, die Tribünen für die Zuhörer errichtet werden. Um jede Kollision zwischen den Zuhörern einer- und den Zeugen und Angeklagten andererseits zu vermeiden, wird die Zuhörertribüne einen besondern Eingang erhalten, wahrscheinlich von dem Hause Molken-Markt No. 2. Was die äußere Ausstattung des Saales betrifft, so wird dieselbe eine der Würde des Ortes angemessene werden. Um den Saal bei Abendsitzungen vollständig und hell zu beleuchten, sollen zwei Kronenleuchter mit Gasflammen angebracht werden.

— Es ist in letzterer Zeit vielfach vorgekommen, daß den Polizeibeamten, denen irgend eine Behörde einen Auftrag gegeben hatte, und die zur Ausführung desselben Vorladungen an die betheiligten Personen erlassen hatten, hierin keine Folge geleistet, ihnen vielmehr entgegengesetzt ist, daß sie Vorladungen gar nicht erlassen dürfen, vielmehr wenn sie Etwas von dem Publikum wollten, sich zu diesem begeben müßten, daß auch namentlich die Polizeirevierkommissarien kein Recht hätten, Leute zu sich zu bestellen, sondern ebenfalls alles was sie wollten, in Person oder durch ihre Unterbeamten erfragen lassen müßten. Da, soviel uns bekannt ist, wegen der Nichtbefolgung einer von einem Polizeibeamten ausgehenden Vorladung, eine Strafe weder angedroht, noch festgesetzt werden kann, so scheint das Recht dieser Beamten auf die bisher von ihnen geübte Praxis doch sehr zweifelhaft, und würde es wünschenswerth sein, um nicht der Sache den Anschein einer begründeten Widersetzlichkeit zu geben, entweder diese Praxis zu unterlassen, oder die Gesetzesstellen, auf welche dieselbe sich stützt, bekannt machen, und dann mit aller Strenge gegen die Renitenten verfahren zu lassen. Wir glauben auch um deßhalb das Publikum im Rechte, weil die Versäumniß, welche durch eine polizeiliche Vorladung herbeigeführt wird, durch keine Kasse vergütet wird, während bekanntlich bei jeder gerichtlichen Vorladung eines Zeugen — nur bei Angeklagten nicht — Versäumnißkosten gezahlt werden. (Publizist.)

Berlin, den 6. Februar. Von den am gestrigen Tage vollzogenen Wahlen der Abgeordneten zur zweiten Kammer sind uns bis jetzt folgende bekannt geworden:

Provinz Brandenburg.

Im Teltower Kreise in Verbindung mit dem Beeskow-Storkower Kreise sind gewählt: Herr v. Vincke und der vormalige Minister v. Bodelschwingh. (Sollte Herr v. Vincke noch in einem andern Wahlkreise gewählt werden, so gedenkt er die Wahl in Teltow nicht anzunehmen. Die Nachwahl würde dann den Geh. Regierungsrath Mätzke treffen.) — In Brandenburg: Graf v. Bismark-Schönhausen und Amtmann Winterfeldt aus Ketzür (konstitutionell), beide mit 154 Stimmen. Der Oberbürgermeister Ziegler, Hauptkandidat der demokratischen Partei, fiel bei der ersten Abstimmung mit 132, bei der zweiten mit 134 Stimmen durch. — In Prenzlau: Grabow und Graf Arnim-Boitzenburg, der erste mit 167 gegen 157 Stimmen, die Graf Arnim erhielt; der zweite mit 189 gegen 123 Stimmen, die Dr. Samelson aus Zehdenick erhielt. — Im Niederbarnimschen Kreis: Landrath v. Arnim in Angermünde, Geh. Archivrath Riedel aus Berlin, Ober-Regierungsrath Ellwanger aus Breslau und Professor Keller aus Berlin. Mit Herrn Professor Keller konkurrirte Stadtrath Sägert aus Berlin. — In Küstrin: Oberamtmann Wegner-Zellin und Gutsbesitzer Nesselhauß-Gruenrade, beide konstitutionell. — In Frankfurt a. d. O. Graf Görz (bis vor Kurzem Lieutenant und Adjutant daselbst) und Ober-Landesgerichts-Assessor v. Schirnding; beide demokratisch gesinnt. Der Kandidat der Gegenpartei war der Oberburggraf v. Brünneck. — In Perleberg: Schulze Hauer und Justizrath Breithaupt aus Havelberg, beides Kandidaten des patriotischen Vereins in Perleberg. — In Neu-Ruppin: Prediger Poppenburg und Lehnschulze Barsukow, beide konservativ. Der Kandidat der Demokraten, Direktor Kämpf, fiel bei der ersten Wahl mit 122 gegen 185 und bei der zweiten mit 126 gegen 188 Stimmen durch. — Im Sternberger und dem nördlichen Theile des Gubener Kreises: Regierungsrath Ambronn aus Berlin und Amtmann Wolff aus Gleissen, beide konstitutionell. — Im Kreise Luckau, Lübben und einem Theile Kalau: Minister v. Manteuffel und Prediger Schellenberg, der letztere demokratisch. — Im Kottbusser, Spremberger und dem

südlichen Theile des Kalauer Kreises: Geh. Regierungsrath v. Werdeck und Bürgermeister Peschke zu Spremberg, beide konstitutionell. — Im Kreise Krossen und Züllichau-Schwiebus: Waisenhaus-Direktor Hanow und Justiz-Kommissarius John, beide der gemäßigten Linken angehörig.

Provinz Pommern.

In Stettin: Justizrath Krause und Gutsbesitzer Kögel auf Gorden (Kreis Greiffenhagen) mit 238 gegen 101 Stimme, beide konstitutionell. — Im Kreis Stargardt-Pyritz: Rittmeister Asch, Landrath a. D. v. Wedell, beide konstitutionell.

Provinz Schlesien.

In Stadt Breslau: Dr. Stein mit 162 Stimmen und Stadtgerichtsrath Pflücker mit 164 Stimmen, beide demokratisch. Der Gegenkandidat Bäckermeister Stadtrath Ludewig erhielt 105 und 101 Stimme. — Im Landkreise und den Vorstädten Breslau's: Graf Ziethen mit 209 Stimmen, konstitutionell gesinnt. Sein Gegner Dr. Elsner erhielt 116 Stimmen. Die zweite Wahl traf den konservativen Stadtrath Ludewig. — In Glogau: Die Justiz-Kommissarien Haak und Heitemeier, beide demokratisch. — In Brieg: Stadtgerichtsrath Schmidt (Steuerverweigerer), Lehrer Zimbal (demokratisch), der Dritte noch unbekannt. — In Liegnitz: Regierungsrath v. Merckel und Gutsbesitzer Willenberg, beide demokratisch. — Im Kreise Sagan-Sprottau: Erbscholze Eckart von Meerzdorf und Fürstenthumsgerichts-Direktor Merres von Sagan, beide konstitutionell.

Provinz Sachsen.

In Magdeburg: Hr. v. Unruh mit 236 gegen 39 St. und Prof. Pax mit 234 gegen 40 St. — In den Kreisen Wanzleben und Neuhaldensleben: Ackermann Hr. Schwiesau und Lehrer v. Heidenreich, beide konservativ. — In Merseburg: Justiz-Kommissar Etzdorf und Bürgermeister Seffner, beide konstitutionell. — In Halle: Kaufmann Jakob und Prediger Fubel, beide mit 198 St., beide konstitutionell. Der Kandidat der Gegenpartei Prof. Burmeister erhielt nur einige 70 St. — Im Kreis Genthin: die Assessoren Richter und Scheele (beide demokratisch) und Baumeister Trepplin (konstitut.). — Im Kreis Bitterfeld und Delitzsch: Assessor Schulze (Delitzsch) und Pastor Hildenhagen, beides Mitglieder des linken Centrums. — Von diesen 53 Abgeordneten gehören 36 der rechten Seite an; zu den übrigen 17 gehören auch die Mitglieder der ehemaligen Centren. (D. R.)

Berlin, den 6. Februar. Unsere Mittheilung im gestrigen Blatte über den Ausfall der hiesigen Wahlen für die zweite Kammer bedarf einer Berichtigung. Heinrich Simon ist nicht gewählt worden, dafür aber Rodbertus zweimal. Die zweite Wahl für diesen wird wahrscheinlich auf Heinrich Simon fallen. Das vollständige Ergebniß der Wahl ist folgendes: Im I. Wohlbezirk (432 Wahlmänner): die HH. Waldeck mit 277 St., Berends mit 267 St., Rodbertus mit 276 St. Im II. Wahlbezirk (293 Wahlmänner): die HH. Rodbertas mit 168 St., Phillips aus Elbing mit 172 St. Im III. Wahlbezirk (296 Wahlmänner): die HH. Waldeck mit 216 St, Jakoby mit 211 St. Im IV. Wahlbezirk (291 Wahlmänner): die HH. Jakoby mit 229 St., Temme mit 228 St.

— Für die vorgekommenen Doppelwahlen sind von der demokratischen Partei bei den Neuwahlen die Herren Dr. Zunz, H. Simon und Assessor Jung als Candidaten aufgestellt. Das Resultat der gestrigen Wahlen hat durchaus nicht überrascht; das Comité für volksthümliche Wahlen hatte die Partei sehr gut organisirt, was bei der entschiedenen Majorität demokratischer Wahlmänner allerdings nicht allzuschwer war. — Es war nicht uninteressant, in den gestrigen Wahlmännerversammlungen Competenzconflicte erhoben zu sehen; so wurde u. A. gegen Theilnahme des Prof. Jacobi an den Wahlen protestirt, weil er bei der Urwahl nicht die absolute Majorität gehabt hatte. Hr. Jacobi war nämlich in seinem Bezirk zum Wahlmann proklamirt worden, weil man zuerst 215 Stimmzettel für ihn herausgezählt hatte, während eine zweite Zählung nur 214 Stimmen für den Hrn. Prof. ergab, der jedoch, obschon die absolute Majorität 215 Stimmen betrug, von seinen Collegen als mit wahlberechtigt anerkannt wurde; dasselbe war mit einigen Wahlmännern der Fall, die in einem Bezirk gewählt waren, in dem sich unrechtmäßiger Weise 32 Personen, die nicht Urwähler, an der Wahl betheiligt hatten. In dem Bezirk, in welchem der mehrfach erwähnte Dr. Goldstücker zum Wahlmann gewählt werden sollte, was durch Ausweisung dieses Herrn verhindert wurde, waren 3 andere Wahlmänner gewählt worden, gegen deren Wahlberechtigung Hr. Dr. Goldstücker Protest einlegte; die Majorität des betreffenden Wahlbezirks schloß die drei Herren von den Wahlen aus.

— In dem Beeskow-Storkower und Teltower Kreis sind Hr. v. Vincke und der frühere Staatsminister v. Bodelschwingh zu Abgeordneten für die zweite Kammer gewählt worden.

Oels, den 5. Febr. Heute versammelten sich die Wahlmänner der Kreise Oels, Namslau und Wartenberg zur Wahl dreier Abgeordneten für die zweite Kammer. Von ihnen erhielten in der ersten Abstimmung Rektor Mätze aus Bernstadt 258, Graf Conrad von Dyhrn auf Reisewitz 193 Stimmen, die übrigen zersplitterten sich. Der frühere Abgeordnete des Kreises Oels ist also aufs Neue durch das Vertrauen seiner Wahlmänner zum Abgeordneten berufen. Nach ihm werden wohl Graf Dyhrn, Pastor Töbe aus Namslau oder Rektor Zorn aus Fensterberg die meiste Aussicht auf die Wahl haben.

Dresden, den 2. Februar. Auf der heutigen Registrande der zweiten Kammer befand sich ein Bericht über Robert Blum's Tödtung und das Verhalten des Sächsischen Gesandten bei dieser Gelegenheit, welcher auf Antrag des Vice-Präsidenten Tzschirner gedruckt werden soll.

Hierauf erstattet Vice-Präsident Schaffrath Bericht über den bezüglich der Deutschen Oberhaupts Frage mit der ersten Kammer bestehenden Differenzpunkt. Die erste Kammer ist nämlich dem in der zweiten Kammer auf Antrag des Vice-Präsidenten Tzschirner gefaßten Beschluß, „daß die Regierung sich in gleichem Maße, wie von den Kammern beschlossen worden, erkläre", nicht beigetreten. Referent trägt darauf an, daß die Kammer auf ihrem Beschlusse beharre; auch die erste Kammer werde, hoffe er, demselben noch beitreten. Die Regierung habe jetzt durch die Preußische Cirkularnote Veranlassung erhalten, eine Erklärung abzugeben, und sie werde diese, wie er erwarte, nicht einseitig, sondern mit den Kammern gemeinschaftlich und nach vorheriger Vereinbarung abgeben. Es wird hierauf die sofortige Diskussion über diesen Antrag beschlossen. Vice-Präsident Tzschirner stellt ihn als praktisch dar. Nach der Verfassungs-Urkundie (§. 2.) müsse die Regierung sich erst mit den Kammern verständegen, ehe sie eine solche Erklärung, wie die Preußische Cirkularnote si fordere, abgeben könne. Es sei zu erwarten, daß der Volksvertretung nicht bloß das Verfassungswerk zur Begutachtung vorgelegt werde, sondern daß auch darüber die Regierung mit jener übereinkommen müsse, welche Erklärung sie bei dieser Frage abgeben werde. Der Redner kündigt sodann eine Interpellation hierüber an. Die Kammer beschließt hierauf gegen 9 Stimmen, bei dem Tzschirnerschen Zusatzantrage zu beharren.

Dessau, den 31. Jan Wieder ist ein Schritt zum Ausbau unserer Verfassung geschehen. Auf heute waren sämmtliche Aerzte, Wundärzte, Apotheker und Thierärzte Anhalt-Dessau's und Cöthens zu einer Versammlung im hiesigen Concertsaale eingeladen, um aus ihrer Mitte die in §. 35. unserer Verfassungs-Urkunde verheißene Deputation zu wählen, welche die zur Regelung des Medizinalwesens zu erlassende Medizinalordnung entwerfen soll.

Schleswig, den 1. Februar. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung stellte der Vice-Präsident, Professor Olshausen, folgenden Antrag: Die Landesversammlung beschließt, einen Ausschuß zu erwählen, mit der Aufgabe, die Preußische Cirkularnote vom 23. Januar d. J., mit Rücksicht auf den die hiesigen Landestheile speziell berührenden Passus, einer sorgfältigen Prüfung und Erwägung zu unterziehen, über das Ergebniß seiner Untersuchungen sobald als thunlich zu berichten und wegen etwaniger von der Landesversammlung vorzunehmenden Schritte Vorschläge zu machen." Der Antrag wurde als dringlich erkannt und mit großer Majorität angenommen.

Nürnberg, den 30. Jan. In einer sehr zahlreichen, von allen Ständen besuchten Volksversammlung wurde gestern beschlossen, die Kammer der Abgeordneten in einer Adresse zu ersuchen, mit allen gesetzlichen Mitteln schleunigst dahin zu wirken, daß die Grundrechte des Deutschen Volks sofort in Baiern mit Gesetzeskraft verkündigt werden; ferner, daß das Ministerium für alle Folgen der verzögerten Publikation derselben verantwortlich gemacht werde.

Nürnberg, den 1. Februar. Die hier erscheinende Mittelfränkische Zeitung theilt einen neuen Brief von Johannes Ronge an den Oesterreichischen Minister Grafen Stadion mit, wegen der Erneuerung des Metternich'schen Rescripts gegen die (Deutsch-katholische) freie christliche Kirche. Der Brief ist mit äußerster Heftigkeit geschrieben, welche in einer Stelle, weil die Extreme sich berühren, selbst ins Komische umschlägt, doch treffen alle die Stellen, welche die Sache selbst berühren, den Nagel auf den Kopf. So die Frage: „Soll dies der Weg sein, wie die Oesterreichische Regierung wieder in Verbindung mit Deutschland treten will? Dann habt Ihr das letzte Band zerschnitten, das Euch mit Deutschland einen konnte." Sich an die Vertreter Oesterreichs in Frankfurt wendend, sagt Ronge: „An Euch, die ihr als Vertreter der 8 Millionen Deutschen Oesterreichs zu Frankfurt tagt, stelle ich im Namen der ganzen Kirche die Forderung, die dringende Forderung, sofort die Aufhebung des Metternich'schen Rescripts gegen die Deutschkatholiken vom Oesterreichischen Hofe zu fordern, sie zu fordern mit aller Kraft und Entschiedenheit." Die zahlreichen, in dem Briefe enthaltenen Schimpf- und Schmähworte gegen den Grafen Stadion, das Ministerium rc., können der Sache, welche Ronge vertreten will, nur Eintrag thun, und es wäre zu wünschen, daß er künftig im Ganzen eine würdigere Sprache redete.

Kassel, den 2. Februar. Glaubwürdige Augenzeugen schildern die erst anscheinend gelösten hiesigen Wirren weit bedenklicher, als die Zeitungen. Es soll Alles wiederum an einem Faden gehangen haben, und der Zustand der Dinge dort nichts Anderes, als der kalte Brand sein. Es herrsche keine Erbitterung, wohl aber in allen Ständen die ruhigste Entschlossenheit, neben der trostlosen Gewißheit, daß es über kurz oder lang zum Aeußersten kommen müsse. Welche Art von Verordnungen in Kassel noch möglich ist, ersehe man aus den zwei folgenden, die in den jüngsten Monaten erschienen sind und an deren Echtheit man nicht zweifeln dürfe. Die erste bestimmt die Stärke der Backen- und Schnurrbärte der Offiziere, und in welcher Richtung dieselben, vom Ohre schräg ab, gewissermaßen in der Form eines W vereinigt, wieder bis in den Mund emporlaufen müssen. Die andere schreibt den Offizieren vor, künftig nur solche Paletots zu tragen, wie deren einer im kurfürstl. Cabinet zum Muster vorliege.

Frankfurt a. M., den 3. Febr. 163ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Vorsitzender: Präsident Eduard Simson. Verschiedene Anzeigen und Aufrufungen.

Als Berichterstatter für das Minderheitserachten I. zu §. 7. der „Gewähr der Reichsverfassung" tritt Herr Mittermaier auf, indem er räth, dem Beispiele Englands zu folgen und ein Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht zu erlassen. Allein zu Ausnahmsgerichten und Ausnahmsbestimmungen könne er nimmermehr seine Zustimmung ertheilen Bei dem Gedanken, an eine Maßregel, durch welche das Kriegsrecht in gewissen Fällen sanktionirt werde, steige vor ihm der blutige Schatten des Herzogs Alba auf. (Sehr gut! von der Linken.) Jede Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte kann nur durch ein Gesetz erfolgen, wie es nicht das Ministerium für sich, wie es die Regiernng nur mit der Zustimmung der Volksvertretung verkündigen darf

Waitz spricht für das Minderheitserachten II. Das Recht zur Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte sei überall, auch bei den freiesten Völkern, als durchaus nothwendig geboten erschienen, nur dagegen habe man sich zu erklären, daß Ausnahme-Anstalten, wie die des Belagerungszustandes ausgedehnt und so eben die Ausnahme zur Regel erhoben wü de. Zur Abwehr nur und nicht zu mehr dürften derlei außerordentliche Maßregeln dienen, und deshalb dürfe die Verfassung eine gesetzliche Bestimmung darüber nicht vermissen lassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag v. Vincke's und Genossen abgelehnt, nach welchem unter anderen Bestimmungen der Grundrechte im Falle des Krieges und Aufruhrs auch die Preßfreiheit aufgehoben werden kann. Dann wird durch Namensaufruf abgestimmt über den Verbesserungsantrag Widemann's und Genossen.

Derselbe wird mit 261 gegen 188 Stimmen verworfen. Eben so wird mit Namensaufruf abgestimmt über den Vorschlag der Ausschuß-Mehrheit, wonach §. 7. lauten soll:

„Im Falle des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezir e zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

1) **Die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesammtministerium des Reichs oder Einjelstaates ausgehen.**
2) **Das Ministerium des Reichs hat die Zustimmung des Reichstags, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.**

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten.

Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft."

Angenommen mit 242 gegen 206 Stimmen. Dagegen wird der von Max Simon und Genossen zu Nr. 2. dieses Paragraphen beantragte Zusatz:

„Die Einberufung muß in diesem Falle sofort geschehen, so daß der Zusammentritt spätestens am 21. Tage, von Verkündigung der Ausnahmsmaßregeln an gerechnet, stattfindet, widrigenfalls derselbe ohne Berufung erfolgt" —

mit 265 gegen 163 Stimmen verworfen. Desgleichen wird verworfen der Zusatz-Antrag von Schmerlings und Genossen, wonach im Falle dringender Gefahr sogar die Verkündigung des Kriegsrechts gestattet werden soll, mit 336 gegen 66 Stimmen. Desgleichen wird verworfen mit 222 gegen 206 Stimmen ein ähnlicher (etwas gemilderter) Antrag von Thielau's und Genossen Danach ist die Berathung über § 7. beendet, und nachdem noch von der Linken im Namen „der europäischen Civilisation" Verwahrung eingelegt worden ist gegen die heute gefaßten Beschlüsse, wird die Sitzung bis Montag, den 5 Februar vertagt. Außer der Präsidentenwahl kommt auf die Tagesordnung der Bericht über die Posensche Frage.

Wien, den 2. Febr. Am 30sten v. M, Abends um 8 Uhr, ging ein Soldat des Inf.-Reg., Wocher, auf dem Glacis, dem Kriminalgebäude gegenüber friedlich seinen Weg, als ganz unerwartet ein Mann ein Pistol auf ihn abdrückte und ihn dadurch am Schenkel lebensgefährlich verwundete. In das Spital gebracht, fand man, daß es ein Wasserschuß und von solcher Bedeutung war, daß man sich genöthigt sah, das Bein augenblicklich abzunehmen. Der Unglückliche ringt in diesem Augenblick mit dem Tode, und man zweifelt an seinem Aufkommen. Der Thäter konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. — Das 19. Armeebülletin veröffentlicht neuerdings bedeutende Vortheile der K. K. Truppen, welche die Magyaren gegen Tokay und Essegg zurückdrängten. Namentlich erlitt die Polnische Legion starken Verlust. — Nach Privatbriefen aus Pesth von vorgestern hatte sich in den Platzverhältnissen Nichts geändert. Man sagte, daß die K. K. Armee der Ungarischen bei Szolnok gegenüberstehe, und eine Brücke über die Donau geschlagen wurde, um das Militair überzuführen, obwohl auch die Kettenbrücke dazu verwendet ward. Die Ungarn sind unter Anführung Perczel's über die Theiß gegangen und auf der Straße nach Pesth vorgerückt; G.-M. Ottinger hat sich bis auf 8 Meilen vor Pesth zurückgezogen. F.-M. L. Wrbna hatte die Einwohner Pesths in einer „Kundmachung" vor feindseligen Demonstrationen bei strengster Strafe gewarnt. F.-M. Windischgrätz hatte sich auf den Kampfplatz begeben. Man hielt den Rückzug der Rebellen wegen der ausgetretenen Theiß für unmöglich und überdies operirte F.-M.-L. Schlick in ihrem Rücken. — Es wird eine neue 48stündige Frist zur freiwilligen Ablieferung verborgener Waffen und Munition gewährt; vom 6. Febr. an werden aber auch jene Gemeinden, in deren Bezirken sich derlei vorfinden, mit Geldbußen von 1000 Fl. bis 2000 Fl. C.-M. belegt, welche jedoch ebenfalls ihnen selbst zu Gute kommen sollen; für die Schuldigen aber tritt das standrechtliche Verfahren ein. — Jelen, der Ordner des Reichstags, ist angelangt, was die Vermuthung einer Hieherverlegung des Reichstags bestärkt. — Die Eröffnung der hiesigen Universität ist neuerdings bis zum November hinausgeschoben worden. — Der Fabrikort Sechshaus soll auf Ansuchen der dortigen Bewohner eine permanente Einquartirung von einer Compagnie erhalten. — Am Schlusse der gestrigen Reichstagssitzung verbreitete

sich das Gerücht von Prorogirung des Reichstags bis zum 15. Mai, weil eine Depesche aus Ungarn angelangt sein soll, daß sich die Magyaren dem konstitutionellen Reichstage anschließen und auch an der Debatte über die Grundrechte Theil nehmen wollen. — Gestern früh wurde ein boshaftes Pasquill an der Burg vorgefunden. — Aus Kremsier wird uns berichtet, der Constitutionsausschuß habe sich gegen die Theilung der Provinz Gallizien und für die Theilung Tyrols in Südtyrol (Kreise Trient und Roveredo) und Nordtyrol (mit Vorarlberg) mit 22 gegen 3 Stimmen entschieden.

— Die heutige Abendbeilage der Wiener Zeitung meldet folgende Verurtheilung: Eilf Grenadiere des Bataillons von Richter, wegen Theilnahme am Oktoberaufstand zum Tode durch den Strang verurtheilt, wurden vom Militair- und Civilgouverneur zu verschiedenen Strafmilderungen begnadigt: zwei zu zehn-, vier zu achtjähriger Schanzarbeit in schwerem Eisen; zwei zu drei-, einer zu zweijähriger Schanzarbeit in leichtem Eisen; einer in zehnmaligem, einer zu viermaligem, zwei zu siebenmaligem Gassenlaufen auf und ab durch 300 Mann. Von Civilisten wurden verurtheilt: zwei zu dreijähriger Schanzarbeit in leichtem Eisen, einer zu einjährigem schwerem Kerker, einer zu zehnmonatlichem Stockhausarrest, einer zu drei Jahren, zwei zu einem Jahr, zwei zu sechs Monaten schwerem Kerker.

Pesth, den 31. Jan. Letzten Sonnabend erschien plötzlich eine Militairabtheilung im Ungarischen Theater, um Untersuchung zu halten; es war nämlich das Gerücht ausgestreut, daß sich daselbst Waffenvorräthe befänden, ja sogar, daß da Waffen fabricirt würden. — Die Güter des ermordeten Grafen Eugen Zichy sind bereits außer Sequester. — Perczel hat die von der Szolnoker Eisenbahn weggerissenen Schienen den Bauern geschenkt; es ist aber ein strenger Befehl von dem Commandanten der K. K. Truppen erschienen, dem gemäß jeder Bauer, bei welchem ein solches Schienenstück gefunden wird, dem Kriegsgerichte verfällt. — Heute ist hier der Rapport eingelaufen, daß die Generale Zeisberg und Hartlieb Sonntag den 28. Januar ohne Schwerdtstreich und mit Glockengeläute festlich empfangen, in Szolnok eingerückt sind.

Von der Oesterreichischen Grenze, den 29. Jan. Aus einer von Kossuth am 6. Januar erlassenen Proklamation theilen wir folgende interessante Stelle mit: „Ich sah euch, heldenmüthige Heiduken, deren Brust so überreich ist an ruhmgekrönten Erinnerungen; ich sah euch, deren Ahnen das Banner Bocskay's geschwungen, euch, die die Freiheit mit ihrem Blute errungen; euch, die ihr euch rühmen könnt, daß aus der Saat eures vergossenen Blutes der Segen der Religion und der politischen Freiheit hervorgeblüht ist für das ganze Vaterland. Euer Beruf ist es auch jetzt, eurem Vaterlande jene Freiheit zu erhalten, welche eure Ahnen ihm erworben; eure Aufgabe ist es, euch gegen die Geißeln der Sklaverei zu erheben und, so lange noch ein Heiduk athmet, nicht zu dulden, daß fremde Tyrannei das Land Ungarn besitze. Für unsern Sieg haftet die makellose, urwüchsige Magyarische Natur der unteren Gegenden, ihre durch und durch Magyarische Hauptstadt, das begeisterte Debreczin, welches Gott dazu auserkoren hat, um in dessen Schooße einen festen Tempel unserer Freiheit zu erbauen." Ungeachtet der strengen Mahnung des Fürsten von Windischgrätz sind bis jetzt nur auffallend wenige der geforderten Unterwerfungsadressen eingelaufen. Die amtliche Pesther Zeitung bringt deren nicht mehr als neun, darunter selbst einige von ganz unerheblichen Ortschaften. Die Nachricht von einer Debrecziner Adresse war daher bis jetzt voreilig. (L. Z.)

Kremsier, den 1. Februar. In der heutigen Sitzung kam die Verhandlung über den Schuselka'schen Dringlichkeitsantrag vor. Fischof hielt ein Herausreißen der einzelnen Paragraphen der Grundrechte für unzulässig und amendirt deshalb jenen Antrag dahin: der Reichstag möge die Hoffnung aussprechen, das Ministerium werde der Krone zur Sistirung der Todesurtheile bis zur Sanktion der Grundrechte rathen. — Borrosch macht aus demselben Grunde den Antrag, eine Deputation des Hauses möge sich in gleicher Absicht zu Sr. Majestät dem Kaiser begeben und ihn bitten, bis zur Sanctionirung der Grundrechte keine Todesurtheile vollstrecken zu lassen. Nachdem die Debatte für geschlossen erklärt ward, erklärte Schuselka, er verzichte weiter auf das Wort, er habe gethan, was er als seine Pflicht erachtet, und überlasse die Entscheidung dem Hause. — Sämmtliche drei Anträge wurden verworfen. — Heute brachte eine berittene Deputation hanakischer Landleute dem Reichstage ihre Huldigung und eine Ergebenheitsadresse. Sie zogen mit einer blau-roth-weißen Fahne nach dem Schlosse, ihr Führer übergab dem Präsidenten Smolka die Adresse und bat ihn, die Freiheiten zu wahren, und die Entschädigung bald auszumitteln. Dieser erwiederte in Polnischer Sprache die Czechische Ansprache. — Der Zug ging dann zum Lokale des Slaven-Clubs, wo derselbe Redner in ähnlichem Sinne sprach und Palacky ihm antwortete.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 4. Februar. National-Versammlung. Sitzung vom 3. Februar. Vice-Präsident Lamoriciére eröffnet um 1¼ Uhr die Sitzung. Denjoy und nach ihm eine Menge anderer Deputirter überreichen Petitionen aus dem mittäglichen Frankreich für schleunige Auflösung. (Lärm zur Linken.) Gent und mehrere Mitglieder der Linken übergeben Petitionen im entgegengesetzten Sinne. (Murren zur Rechten. Gelächter.) An der Tagesordnung ist zunächst die zweite Debatte über Aenderung des Gerichtswesens (Reorganisation des Cassationshofes.) Waldeck-Rousseau stellt den Antrag, die Requêtenmeister-Kammer des Cassationshofes aufzuheben. Er entwickelt denselben. Dupin der Aeltere spricht sehr eifrig gegen die Keckheit, mit der man Hand an die höchste Gerichtsbehörde legen wolle, und zwar in einer Zeit, wo Eigenthum und Familie des größten Schutzes bedürfen (Oh! Oh!), wo die fürchterlichsten Lehren das Gebäude der ganzen Gesellschaft unterwühlten. (Tumult vom Berge). „Glauben Sie (zum Berge gewandt), daß die Cambacérès, die Merlin, die Sieyes u. s. w. inmitten solcher Unterbrechungen unser Gerichtswesen schufen, das die Bewunderung der Welt bildet. (Lärm). Wie? Sie wollen die wichtigsten Gesetze für die Gesellschaft, die organischen Gesetze, machen und lassen nicht einmal einen Redner ruhig sprechen! (Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Sie zeigen sich wenig dieser Aufgabe würdig." Der Tumult nimmt überhand. Endlich kann der Redner fortfahren und seinen Vortrag zu Gunsten der Requêtenmeister enden. Waldeck-Rousseau erwiedert, die Reform sei zeitgemäß. (Unterbrechung.) Base erscheint mit dem Ausschußbericht über den Antrag auf Anklage gegen das Ministerium auf der Tribüne. (Lesen Sie! Lesen Sie! von allen Bänken). Base liest den Bericht vor, der die Geschichte des Klubgesetzes in wenigen Worten giebt und in der Vorlage jenes Faucherschen Antrages keinen Hochverrath sieht. Darum schlägt der Ausschuß keine Berücksichtigung desselben vor. (Agitation zur Linken.) Lamoriciére: „Der Bericht wird gedruckt und vertheilt werden, damit die Debatte darüber später beginne." Jetzt geht die Versammlung zur Frage über die parlamentarische Untersuchung der Montag-Komplote über. Zuvörderst wird die Dringlichkeit erwogen und der Berichterstatter gehört. Woirnaye liest im Namen des Ausschusses einen Bericht über die Mai- und Juni-Ereignisse vor, und geht dann auf den 29. Januar über. Er wird häufig unterbrochen. Neues bietet der Bericht wenig. Der Ausschuß möchte den Skandal durch folgende begründete Tagesordnung ersticken: „Obgleich das Ministerium die öffentliche Ordnung große Gefahr laufen ließ, geht doch die Nationalversammlung zur Tagesordnung über." (Oh! Oh! zur Rechten). Leon Faucher, Minister des Innern, besteigt unter Lärm, Unterbrechung und großer Aufregung zweimal die Tribüne, um sich zu rechtfertigen. Es ist fast 7 Uhr und noch keine Aussicht zur Abstimmung. Doch scheint es, als ob die Tagesordnung durchgehen werde. Es wird um 7 Uhr zum Skrutinium geschritten. Das Ministerium bestand auf einfache Tagesordnung, worüber die geheime Abstimmung verlangt wurde.

— Heute berieth der Justiz-Ausschuß der Nationalversammlung über die Anklage gegen das Ministerium. Dieser Ausschuß besteht aus 24 Mitgliedern; 20 davon sprachen sich gegen und nur 4 für die Anklage aus.

— Dem Constitutionel wird aus Toulon die Rückkehr des Französischen Kriegsdampfschiffes „Caton" welches den Gesandschafts-Sekretair Latour d'Auvergne in außerordentlicher Mission nach Gaeta gebracht, mit Depeschen des französischen Gesandten beim Papst und des Admirals Baudin gemeldet. Es bringt die Nachricht, daß die in Gaeta anwesenden Repräsentanten der katholischen Mächte eine Konferenz gehabt, und daß von Stellung von Truppenabtheilungen zum Dienste des Papstes die Rede war, daß aber Spanien bereits die Initiative ergriffen habe und von den Spanischen Schiffen Truppen ans Land gesetzt worden seien, welche gemeinschaftlich mit den Neapolitanischen Truppen die Wachtposten beziehen.

— Die preußische Regierung hat, wie man hört, mehreren französischen Schiffs-Offizieren, Schiffs-Baumeistern und Ingenieuren Anerbietungen wegen Einrichtung einer preußischen Seemacht gemacht. Diese Anerbietungen seien auch vorbehaltlich der Regierungs-Genehmigung angenommen worden.

Großbritanien und Irland.

London, den 2. Februar. Im Ober- und Unterhause kam in den Sitzungen am Abend nach Eröffnung des Parlaments, den 1. Februar, die Antworts-Adresse auf die Thronrede, ein Wiederhall derselben, zur Diskussion.

— Die vor der Eröffnung des Parlaments gewöhnlichen offiziellen Diners fanden vorgestern Abend statt. Bei Lord Lansdowne waren die vornehmsten ministeriellen Pairs, 32 an der Zahl, bei Lord John Russel eine Anzahl der ministeriellen Mitglieder des Unterhauses versammelt, und es machten die beiden Minister, wie es der Brauch ist, ihren Gästen Mittheilung von der Thronrede, mit welcher die Königin gestern das Parlament eröffnete. Lord Stanley gab als Führer der Opposition im Oberhause vorgestern ebenfalls den Häuptern seiner Partei ein Diner.

— Vorgestern Nachmittag wurde eine Versammlung derjenigen Wähler der Londoner City gehalten, welche bei der letzten Wahl dem Baron Rothschild ihre Stimmen gaben und seine Ernennung zum Unterhausmitgliede durchsetzten. Da Rothschild seinen Platz noch nicht einnehmen konnte, weil das Oberhaus die vom Unterhause genehmigte Bill für Beseitigung der bürgerlichen Unfähigkeiten der Juden verwarf, so kamen vorgestern die für seine Zulassung zu ergreifenden Maßregeln zur Berathung. Baron Rothschild verlas ein Schreiben Lord J. Russel's, worin dieser ihm anzeigt, daß er gleich im Anfange der Session eine Bill einbringen werde, deren Bestimmungen durch Abänderung der bisherigen Vorschriften wegen des von den Unterhausmitgliedern zu leistenden Eides fortan auch Juden den Sitz im Unterhause gestatten würden. Rothschild fügte bei, daß die Regierung, so wie Peel und ein großer Theil seiner Partei, ferner alle einflußreichen Männer des Tages für den Plan Lord J. Russell's seien, und daß daher die Annahme desselben zuversichtlich zu hoffen sei. Die Versammlung genehmigte mehrere Beschlüsse im Sinne der Ansichten des Premierministers.

— Das seit mehreren Wochen vorbereitete große Festmahl zur Feier der vollständigen Aufhebung der Getreidegesetze fand am 31. Januar zu Manchester in der Freihandelshalle statt. Auf einer erhöhten Bühne saßen 70 der vornehmsten Gäste, darunter die Herren Cobden, Oberst Thompson, Villiers, Gipson, Philips, Henry, Bright, Jackson, Williams und mehrere andere Parlaments-Mitglieder. Ueber 2000 Personen saßen an den Tischen im Saale selbst, und 700 waren auf den Gallerien untergebracht. Der Vorsitzende war Herr G. Willson, einer der Stifter der Anti-Corn-Law-League. Die ausgebrachten Toaste galten der Königin, den Freihandels-Mitgliedern des Parlaments, dem Freihandel und Frieden als der besten Bürgschaft für Volksfreiheit, den besten Förderern heimischer Industrie und dem wirksamsten Mittel zur Erleichterung der Volkslasten (Cobden), den Wahlkörperschaften, welche Freihändler ins Parlament gesendet (Oberst Thompson), dem Kampf für Freihandel (Bright). Die Reden waren von geringem politischen Interesse, da sie sich meistens über die Segnungen des Freihandels und die siegreichen Bestrebungen der Anti-Corn-Law-League in den zehn Jahren ihres Bestehens verbreiteten. Nur Herr R. Cobden brachte seine Finanzreformpläne und seine Ansichten über die bisher befolgte Intervention-Politik Englands zur Sprache, ohne eben etwas Neues darüber zu sagen.

— Die Ueberlandpost hat Nachrichten aus Bombay bis zum 3. Januar mitgebracht. Die Uebersicht in den Bombay-Times enthält Folgendes: Bei der Stadt Mültän geschahen seit dem 3. Dec. nur zwei Recognoscirungen, wobei man auf keinen ernstlichen Widerstand stieß. Mehrere Truppenabtheilungen waren angelangt. Die Haupt-Colonne hatte am 17. den Uebergang über den Fluß noch nicht begonnen; sie wurde indeß vor Weihnachten im jenseitigen Lager erwartet, und dann sollten die Operationen sogleich wieder beginnen. Narraïn Singh, welcher von Mulradsch stromaufwärts nach der großen Handelsstadt Dschung abgeschickt war, mußte umkehren, weil ein Corps aus unserem Lager ihm entgegenzog. Der Mulradsch hatte etwa 9000 und der General Whish 8000 Mann Truppen; die 8000 Mann starke Bombay-Colonne wurde vor Weihnachten erwartet; der Gen. Whish hatte etwa 100 Kanonen, worunter 70 schwere Geschütze. Unsere Verbündeten zählten 12,000 Mann, so daß die gesammte Belagerungsarmee vor Mültän bald 28,000 Mann stark sein mußte. — Aus dem Lager des Oberbefehlshabers gehen die Nachrichten bis zum 21. Dec. Sobald man erfuhr, daß die Sheiks nach ihrem Rückzuge am 3. eine starke Stellung am Dschelum eingenommen hatten, ward beschlossen, sie bis nach dem Falle von Mültän in Ruhe zu lassen, und die Truppen waren daher während der folgenden 14 Tage unthätig; es hieß auch, daß sie auf Befehl des Generalgouverneurs keinen Falls vor Neujahr vorrücken würden. Der Generalgouverneur wartet, angeblich, auf Verhaltungsbefehle aus England, von wo man auch 3 Regimenter Verstärkung erwartet; die Bengalische Armee soll ebenfalls vermehrt werden, obgleich schon jetzt unsere Armee in Indien 250,000 Mann zählt, d. h. 50,000 Mann mehr, als vor zehn Jahren, wo der Afghanenkrieg in Aussicht stand. Die Ausgaben für die Armee verschlingen 10 Mill. Pfd. St., des auf 16 Millionen geschätzten reinen Indischen Einkommens. Der Generalgouverneur war am 19. Dec. zu Ludianah, von wo er nach Lahore zu gehen beabsichtigt. — Nachschrift. Der Generalgouverneur überschritt am 18. Dec. mit allen noch diesseits stehenden Truppen den Dschenab ohne Verlust; sie lagern jetzt sämmtlich auf dem rechten Ufer. Der Bruder des Mulradsch war zu Schiri Singh gestoßen und Narraïn Singh wollte sich demselben mit 4000 Mann anschließen.

Schweiz.

Zürich, den 31. Januar. Die Regierung von Freiburg hat ein Schreiben an die Bundesversammlung gerichtet, worin sie flehentlich um Nachlaß der Sonderbundskriegskosten bittet; sie weist auf den zerrütteten Wohlstand des Kantons hin, wie es unmöglich sei, die Schuld zu zahlen, wenn nicht alle Quellen versiegen sollten, wenn nicht das Mißtrauen und die Uneinigkeit sich fortpflanzen, die ganze Verwaltung gehemmt, und den Feinden der neuen Ordnung immerwährende Revolutionsversuche möglich gemacht werden sollten; sie, die Regierung, die doch durch ihre Bekämpfung sonderbündlerischer und ultramontaner Gelüste unbestreitbare Verdienste um die Eidgenossenschaft habe, werde sich unmöglich halten können, wenn die Kriegskosten mit Strenge eingetrieben werden sollten. Die nächste Bundesversammlung, die wahrscheinlich im Frühjahr zusammentritt, wird über dieses Gesuch entscheiden. — Der Krawall in Neuenburg beschäftigt noch immer die Tagespresse. Mehrere radikale Blätter wollen darin durchaus den Ausbruch einer planmäßigen Verschwörung sehen; ihr Hauptbeweis ist aber, daß man hie und da schwarz-weiße Fahnen, Halsbinden, Mützen und dergl. gefunden hat. Die Regierung hat das Tragen dieser Farben verboten. Verhaftungen haben allerdings stattgefunden; doch hat sich die Nachricht vor der Verhaftung der Herren Calame und Chambrier, eben so die von dem Aufgebot zweier Bataillone Bundestruppen, als unbegründet erwiesen. Der Große Rath ist am 29. d. außerordentlich zusammengetreten. — Im Großen Rath von Bern nehmen hauptsächlich die Verhandlungen über den Zustand der Finanzen das Interesse in Anspruch. Der Zustand ist nicht der beste, und der Finanzdirektor Stämpfli ist von seinen Feinden deshalb vielfach angegriffen worden, als ob er daran Schuld sei, als ob er die Finanzen im Jahre 1846 im blühendsten Zustande übernommen und durch seine Verwaltung so zerrüttet habe. Herr Stämpfli hat nun in einem ausführlichen, jeden Unbefangenen aufs schlagendste überzeugenden Berichte dargethan, daß das allerdings ziemlich bedeutende Deficit, abgesehen von den außerordentlichen Ereignissen der Jahre 1846 und 47, Kartoffelkrankheit und Sonderbundskrieg, lediglich der früheren Verwaltung zur Last falle und bei der Fortdauer derselben noch bedeutend größer ausgefallen sein würde. Unter den proponirten Ersparungen wurde die Herabsetzung des Taggeldes der Großräthe, eben so die des Gehaltes der Regierungsräthe, wozu diese sich selbst erboten hatten, abgelehnt.

Bern, den 30. Jan. Der Regierungs-Rath beräth ein dem großen Rathe vorzulegendes Gesetz, wonach die Schweizerische Bundesversammlung das Auswanderungswesen als Nationalangelegenheit zu erklären eingeladen werden soll. Zu diesem Zwecke soll der Bund ein Centralbureau für Auswanderer errichten und in Nord-Amerika Grundeigenthum für eine Schweizerische Niederlassung ankaufen. Vor der Hand soll der Kanton Bern 3—4000 Acres Land kaufen und für seine Angehörigen sorgen.

— Der „Schweizer Beob." meldet, daß in Interlacken die Errichtung einer Spielbank betrieben werde; an der Spitze der Begünstiger des Unternehmens stehe der bekannte Fr. Seiler, Regierungs-Statthalter.

Italien.

Florenz, den 28. Jan. Toskana, früher eins der blühendsten Länder Europa's, mit einem Staatsvermögen, das die Passiva um mehr als 20 Mill. übersteigt, mit reichen Hülfsquellen aller Art, befindet sich in der dringendsten Finanznoth. Die öffentlichen Kassen sind leer, die Beamten erhalten keine Bezahlung; die Zinszahlung der übernommenen lucchesischen Papiere, die am 1. Jan. hätte stattfinden sollen, ist ins Ungewisse verschoben worden. Der Finanzminister erklärt in seinem Bericht an die Kammern, daß, sofern nicht auf der Stelle entschiedene Maßregeln ergriffen werden, die fernere Verwaltung seines Ministeriums eine Unmöglichkeit sei. Dahin haben es die leichtsinnige und schlechte Finanzverwaltung der letzten Jahre, die unendlichen Summen, die die Bewässerung des Val di Chiana und die Austrockuung der Maremmen verschlungen haben, das unverhältnißmäßige Heer der Beamten, die zahllosen Pensionen und Gratifikationen, endlich die halben Maßregeln der vergangenen Jahre gebracht.

Genua, den 26. Jan. Die Besetzung der äußeren Forts von Genua, welche anfänglich von der Bürgergarde so heftig gefordert wurde, ward ihr vom Minister Buffa freigestellt. Die Meinungen unter den Bürgergarden selbst waren aber darüber so verschieden, daß es im Hauptquartier zu heftigen Streitigkeiten und Schlägereien zwischen Gemeinen und Offizieren kam. Der Marquis Pareto legte bei dieser Gelegenheit seine Stelle als General der Bürgerwehr nieder, und diese ward dem Minister Buffa übertragen, der sich zwar in Militair-Angelegenheiten für gänzlich unerfahren erklärte, jedoch die Stelle annahm, unter der Bedingung, daß er sich einen geschäftsführenden Stellvertreter zugesellen dürfe. Diesem letzteren ist es gelungen, die Angelegenheit wegen der Besetzung jener Forts dahin festzustellen, daß zwei derselben von den Bürgerwehren, die übrigen aber, wie bisher, von den K. Truppen besetzt bleiben sollen.

Neapel, den 28. Jan. Die Polizei übt alle nur mögliche Willkür gegen die verfassungsmäßig garantirte freie Presse aus: Unterdrückung von Zeitungen, Hausdurchsuchung bei Directoren und Geschäftsführern kommen häufig vor; die erbärmliche Justiz unterstützt sie darin, indem ungeheure Cautionen von den Betreffenden verlangt werden, um von der Untersuchungshaft befreit werden zu können. Das Ministerium findet immer ernergischern Widerstand bei dem Volke. Eine Aushebung von 18,000 Mann, die zu dem Zwecke verfügt war, um nach Rom zu marschiren, mußte in Neapel selbst suspendirt werden, und in den Provinzen, namentlich in Salerno, Basilikata, Calabrien &c. hat man dagegen protestirt und die Aushebung verhindert, so daß Cavallerie, Infanterie und Kanonen dorthin beordert werden mußten. Die Zölle werden meist umgangen, der Schmuggel ist großartiger organisirt und wird namentlich von der begüterten Bürgerklasse begünstigt, der passive Widerstand dauert eben so fort, man sieht in der volkreichen Straße Toledo Niemanden rauchen, damit die Einkünfte der Regierung an indirekten Abgaben geschmälert werden.

Rom, den 25. Jan. Die Oesterreichischen Truppen bedrohen immer mehr Venedig. Radetzky zieht fast alle seine Truppen nach Mantua hin zusammen. In Mailand ist nur eine kleine Garnison geblieben, dagegen wird ein stark befestigtes Lager bei Cremona bezogen, um die linke Seite der Addalinie zu decken. Es scheint, Radetzky will dadurch die Operationen gegen die Lagunenstadt decken, und in Brüssel auftreten mit einer vollendeten Thatsache, dem Sturze Venedigs.

Amerika.

New-York, den 10. Jan. Schon seit längerer Zeit heißt es, daß die Regierung von Washington mit dem Spanischen Kabinet wegen Ankaufs der Insel Cuba in Unterhandlung stehe. Auch im Congreß ist diese Angelegenheit neuerlich öfter zur Sprache gekommen, indem einzelne Mitglieder den Antrag stellten, von der Regierung nähere Mittheilung darüber zu verlangen, welcher Antrag jedoch mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, die Sache noch geheim zu halten, verworfen worden ist. Welches Ansehen übrigens die Vereinigten Staaten in ganz Amerika genießen und welche Zukunft ihnen bevorsteht, kann man aus folgender Stelle eines Briefes sehen, der sich auf diese Angelegenheit bezieht und in einem Amerikanischen Blatte enthalten ist. Der Schreiber sagt: „Ich hatte eine Zusammenkunft mit einem Herrn, der direkt von Havana kommt und der mir mittheilte, auf der Insel sei allgemein die Meinung herrschend, daß die vereinigten Staaten mit Spanien Unterhandlungen wegen Ankaufs der Insel eröffnet hätten. Personen, die auf der Insel Eigenthum besitzen und sonst geneigt waren, dasselbe zu verkaufen und die Insel zu verlassen, schieben die Ausführung dieses Plans noch auf, in der Hoffnung, daß jenes Gerücht sich bestätigen und der Ankauf zu Stande kommen werde. Eine solche Uebertragung würde den Werth des Eigenthums auf der Insel von 300 auf 500 Prozent steigern. Ein Pflanzer, der schon den Verkauf seiner Pflanzung durch öffentliche Versteigerung angekündigt hatte, riß, als er von jener Uebertragung hörte, die Bekanntmachung ab und weigerte sich, das Gut zu verkaufen selbst für ein Höhergebot von 100 Prozent über seine bisherige Forderung. Man sieht, Onkel Sam erfreut sich eines guten Rufs auf der Insel."

— Unser Goldfieber hat sich noch nicht gelegt. Wir haben allen Grund zu glauben, daß die Schätze unseres neuen Territoriums unerschöpflich sind. Das Gold fängt jetzt an, in großen Quantitäten seinen Weg nach den Atlantischen Städten zu finden. Ein Bostoner Kaufmann erhielt neulich in zinnernen Büchsen die Summe von 30,000 Dollars in Gold, das aus dem Sande des Sacramento gewaschen war. Ein Reisender, der kürzlich von den Minen kam, erklärt, er habe seit seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten keinen Bericht gelesen, der die Quantität oder Qualität des Goldes übertrieb. Er giebt ferner an, daß man das Gold eben so wohl in trocknen Schluchten, als in solchen, die mit Wasser bedeckt sind, findet. Personen, die bei Sammlung des edlen Metalls mit einer Art von System vorschreiten, gewinnen drei Mal so viel als die, welche, wie eine Henne mit einem Küchlein, überall ein wenig herverkratzen. Derselbe Reisende war bei folgendem Vorgang zugegen: Eine Gesellschaft von 20 bis 30 Personen durchsuchte eine trockene Schlucht; auf einmal kamen sie an eine Stelle, die von Goldstaub und Erz über und über funkelte. Jeder Mann warf sich sofort auf den Boden und nahm alles Gold, das er mit seinem Körper bedecken konnte, für sich in Anspruch. Ehe die Gesellschaft sich trennte, hatte jede Person einen Goldwerth von 300 Dollaren gesammelt. Die letzten Berichte aus San Francisco melden, daß wieder eine reiche Stelle entdeckt und daß an 100,000 Dollars täglich gesammelt wurden. Die Schatzgräber litten jedoch viel unter dem Mangel an Lebensmitteln, der indeß nicht lange mehr dauern wird, da innerhalb der letzten zwei Monate ungeheure Ladungen dahin abgesandt wurden. Zwei Fässer Branntwein sollen mit 14,000 Dollars bezahlt worden sein. Bis die Vorräthe die Goldgruben erreichen, werden die Leute sich in einer furchtbaren Lage befinden. Man will Individuen gesehen haben, die große Reichthümer an und bei sich trugen und dabei das schmutzigste und bettelhafteste Ansehen darboten; ihre Kleider waren zerlumpt, ihr Gesicht mit Haaren bedeckt und ihr ganzes Aeußere entsetzlich. — Eine große Menge junger Leute von gutem Ruf und auch körperlich gut ausgestattet ist von Spekulanten hingeschickt worden, die ihnen das erforderliche Geld vorgeschossen, unter der Bedingung, daß sie den Gewinn des ersten Jahres mit ihnen theilen. Diejenigen, welche die Vorschüsse machen, ergreifen die Vorsicht, das Leber ihrer Agenten bis zur Höhe der vorgeschossenen Summe zu versichern. Die Lebensversicherungs-Gesellschaften haben schon so viele Policen dieser Art ausgegeben, daß einige keine mehr geben wollen. Die Versicherungsprämie beträgt 2½ Proc. für die, welche über die Landenge von Panama gehen, wobei noch die Bedingung gestellt ist, daß die versicherte Person nicht eine einzige Nacht in Chagres oder irgend einem Hafen am Golf schlafen darf. Man hält Chagres für den ungesundesten Ort in der Welt. — Die Anlegung eines Canals oder einer Eisenbahn über den Isthmus wird jetzt immer nothwendiger. Unsere Regierungsdampfer auf beiden Seiten des Isthmus stehen mit der Straße über Panama in Verbindung. Es ist der kürzeste Landweg, aber nicht der beste. Man fängt nun an, den gegenseitigen Werth der verschiedenen Wege zu besprechen. Humboldt's Werk, das in Amerika einen hohen Ruf genießt, enthält die wissenschaftlichste Darstellung der fünf bekannten Wege. Er zieht aus vielen Gründen die Straße über den Isthmus von Tehuantepec vor, und dieser zieht auch die Aufmerksamkeit unserer Capitalisten am meisten auf sich. Sie ist mehrere Grade nördlich von Panama, durch eine sichere Fahrt über den Golf erreichbar, wird von zwei Flüssen, die für Dampfer fahrbar sind, durchschnitten und nur durch Erhebungen von nicht mehr als 650 Fuß Höhe unterbrochen, auf welcher Höhe Wasser genug vorhanden ist, um jede erforderliche Anzahl von Schleusen zu speisen. Auch für eine Eisenbahn (zwischen den Flüssen) ist diese Erhebung nicht zu groß. Dieser Weg würde die Entfernung zwischen den Vereinigten Staaten und Kalifornien um 3000 Miles abkürzen. Es heißt, daß Manning und M'Intosh, die großen Englischen Banquiers in Meriko, bereit sind, diese Eisenbahn anzulegen. Einige Amerikanische Capitalisten wollen sich mit ihnen verbinden und einige unserer leichten Schleppdampfboote auf den beiden Flüssen fahren lassen. (Nat.-Ztg.)

Markt-Bericht.

Berlin, den 6. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—57 Rtlr. Roggen loco 26½—27½ Rtlr., p. Frühj. 82pfünd. 27¼ Rthlr. Br., 27⅙ bez., 27 G. Mai/Jun i 27¾ Rthlr. bez. u. G. Gerste, große loco 22 — 23 Rthlr., kleine 18—20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15 — 16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 11¾ Rthlr. Br., 14½ verk. Rüböl loco 13⅓ Rtl. bez. u. Br., Februar 13⅙ Rthlr. bez. u. G., Febr./März 13½ Rtl. bez. u. Br., 13 G., März/April 13 Rthlr. Br., 12⅚ G. April/Mai 12⅚ à 12¾ Rthlr., Mai/Juni 12¾ à 12⅔ Rthlr., Juni/Juli 12⅔ Rthlr. Br., $12\frac{7}{12}$ G., Juli/August 12½ Rthlr. bez, Sept/Okt. 12⅓ Rthlr. Br., 12¼ bez. u. G. Leinöl loco 10 Rthlr., Lieferung 10.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{7}{12}$ à ⅔ Rtlr. bez., Februar 14⅚ Rthlr. Br., März 15 Rthlr. Br., p. Frühjahr $15\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., 15⅓ bez. u. G. Mai/Juni 16 Rthlr. Br.

Posen, den 7. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 12½ — $12\frac{7}{12}$ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 5. Februar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	100¼
Staats-Schuldscheine	3½	80¼	79¾
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	98¼	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	98¼	97¾
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	84
Grossh. Posener „	4	96¼	—
„ „	3½	—	81¼
Ostpreussische „	3½	—	90¼
Pommersche „	3½	91⅛	91¼
Kur- u. Neumärk. „	3½	—	91¼
Schlesische „	3½	—	—
„ v. Staat garant. L. B.	3½	91¼	90¼
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{1}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12¾	12¼
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	78
„ Prioritäts-	4	—	86¼
Berlin-Hamburger	4	—	60
„ Prioritäts-	4½	—	93¼
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	59
„ „ Prior. A. B.	4	82¼	82¼
„ „ „	5	94½	94½
Berlin-Stettiner	4	—	88½
Cöln-Mindener	3½	—	78½
„ Prioritäts-	4½	—	92½
Magdeburg-Halberstädter	4	112	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	71
„ Prioritäts-	4	—	85¾
„ „	5	—	98¾
„ „ III. Serie	5	—	94
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	93¼	93
„ „ B.	3½	93¼	93
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	—	—
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	—	50½
Stargard-Posener	4	—	70¼

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Die Namen unserer jetzt gewählten Vertreter sind alle beide deutsch. — Genügt das noch nicht?